

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 2. Oktober 2013

1130. Verwaltungsrechnung 2013, Zwischenberichterstattung II (Stand 10. September 2013, mit Stichtagsbilanz 31. August 2013)

1. Ergebnisschätzung

Aufgrund der Jahresendschätzungen der Direktionen, der Staatskanzlei, der obersten kantonalen Gerichte und der Anstalten wird die Erfolgsrechnung 2013 mit einem Aufwandüberschuss von 237 Mio. Franken abschliessen. Das geschätzte Jahresergebnis fällt damit um 341 Mio. Franken schlechter aus als das Budget, das noch von einem Ertragsüberschuss von 104 Mio. Franken ausgegangen ist.

Die Direktionen (ohne finanzielle Leistungsgruppen) rechnen zwar damit, dass ihre Jahresergebnisse um rund 33 Mio. Franken besser ausfallen als budgetiert. Davon sind jedoch rund 34 Mio. Franken auf geringere Sanierungsbeiträge an die BVK zurückzuführen, die zu entsprechenden Mindererträgen in der Finanzdirektion führen und deshalb saldoneutral sind. Faktisch trägt das Ergebnis der Direktionen gemäss gegenwärtiger Einschätzung nicht zu einer Verbesserung gegenüber dem Budget bei. Hinzu kommt eine Verschlechterung von 250 Mio. Franken in der Leistungsgruppe Nr. 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen, wo die Aufwandminderung als Folge der pauschalen Verbesserung budgetiert ist. Zudem wird im laufenden Jahr bei den Steuern mit Mindererträgen gegenüber dem Budget von 86 Mio. Franken gerechnet.

Bei den Nettoinvestitionen wurde im Budget 2013 – wie bereits in den Vorjahren – eine zentrale Korrektur vorgenommen, die berücksichtigt, dass erfahrungsgemäss 20% des Budgets für Investitionsausgaben nicht ausgeschöpft werden. Die budgetierten Nettoinvestitionen von 776 Mio. Franken enthalten also nur 80% der ursprünglich geplanten Investitionsausgaben. Zurzeit schätzen die Direktionen, dass sich die Nettoinvestitionen per Ende 2013 auf 760 Mio. Franken belaufen werden. Sie liegen damit um 16 Mio. Franken unter dem Budget. Neben Projektverzögerungen ergeben sich die Verbesserungen insbesondere im Projekt Durchmesserlinie und als Folge ausserplanmässiger Rückzahlungen von Darlehen staatsbeitragsberechtigter Spitäler.

Vergleicht man das jeweilige Rechnungsergebnis in der Erfolgsrechnung mit der Schätzung des zweiten Zwischenberichts in den letzten drei Jahren (jeweils mit der günstigen Schätzung im 2010 und 2011), so zeigt sich im Durchschnitt eine Verbesserung gegenüber der Meldung im zweiten Zwischenbericht von rund 200 Mio. Franken. Davon ist etwa die Hälfte der Verbesserung bei den Steuererträgen angefallen. Wenn Rechnungsergebnis und Meldungen im vorliegenden Zwischenbericht in einem ähnlichen Verhältnis zueinander stehen wie in den Vorjahren, so könnte 2013 ein knapp ausgeglichenes Jahresergebnis in der Erfolgsrechnung doch noch möglich sein. Vorsichtig stimmt jedoch, dass die Steuererträge anders als in den vergangenen Jahren tiefer als budgetiert erwartet werden.

2. Eingaben der Direktionen, der Staatskanzlei, der Rechtspflege und der Anstalten

Tabelle 1: Voraussichtliches Jahresergebnis 2013, Abweichungen zum Budget (in Mio. Franken, + besser, – schlechter bzw. Aufwandüberschuss/ Nettoinvestitionen)

	Erfolgsrechnung	Investitionsrechnung
Saldo total (Budget 2013)	104	-776
<i>a) Schätzung: Abweichungen</i>		
– Regierungsrat und Staatskanzlei	+0	+0
– Direktion der Justiz und des Innern	-3	+6
– Sicherheitsdirektion	-2	+1
– Finanzdirektion	-377	-219
– Volkswirtschaftsdirektion	+2	+99
– Gesundheitsdirektion	+28	+101
– Bildungsdirektion	+6	+96
– Baudirektion	-3	-67
– Behörden und Rechtspflege	+12	+3
– Anstalten	-4	-4
Abweichungen Gesamtverwaltung zum Budget 2013	-341	+16
Voraussichtliches Jahresergebnis 2013 Saldo	-237	-760

Die Beträge in den Tabellen sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen

Tabelle 2: Grösste Veränderungen
(in Mio. Franken, + besser, – schlechter)

Erfolgsrechnung

–250	FD	Zentral eingestellte pauschale Verbesserung fällt in allen Direktionen an (vgl. Ziffer 7).
–86	FD	Geringere Steuererträge, davon 76 Mio. Nachträge an Staatssteuern und 10 Mio. direkte Bundessteuer.
–34	FD	BVK-Sanierungsbeiträge werden den Leistungsgruppen intern belastet und der Leistungsgruppe Nr. 4950 gutgeschrieben. Wegen tieferer Sanierungsbeiträge fallen Erträge in der FD geringer aus; die entsprechenden Verbesserungen fallen in den Direktionen an und sind in den Schätzungen gemäss Tabelle 1 enthalten.
–13	BI	Mehraufwand wegen ansteigender Sonderschulquote.
–9	BD	Aufwand für den Nachtrag zum Kaufvertrag über das PJZ-Areal wird abgeschrieben (Wertberichtigung).
–8	FD	Zentral eingestellter Minderaufwand für Abschreibungen, weil eine Ausschöpfung des Budgets für Investitionsausgaben von nur 80% angenommen wurde, fällt in allen Direktionen an.
–8	BI	Höhere Beiträge im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung wegen höherer Anzahl Studierender an ausserkantonalen Fachhochschulen.
–5	DS	Saldoverschlechterung im Asylbereich wegen deutlich weniger Zuweisungen von Asylsuchenden und daraus folgenden geringeren Bundespauschalen bei gleichbleibenden Fixkosten.
+5	GD	Geringere Subventionen an staatsbeitragsberechtigte Spitäler.
+7	RP	Minderaufwand bei den Personalkosten und Mehrertrag bei den Gerichtsgebühren der Bezirksgerichte.
+8	GD	Minderaufwendungen für ausserkantonale Hospitalisationen in der psychiatrischen Versorgung.
+10	BD	Geringerer Sachaufwand und geringere Kapitalfolgekosten im AWEL.
+12	GD	Minderaufwendungen für BVK-Sanierungsbeiträge von kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern (saldoneutral).
+27	BI	Auflösung einer Rückstellung im Volksschulamt.
+3		Saldo übrige Abweichungen
–341		Total Abweichungen

Investitionsrechnung

-248	FD	Zentral eingestellte Investitionskorrektur, die berücksichtigt, dass das Budget für Investitionsausgaben nur zu 80% ausgeschöpft wird; Verbesserungen fallen in allen Direktionen an.
-101	BD	Höhere Investitionsausgaben, weil Land für PJZ erst 2013 statt 2012 erworben wird.
+4	JL	Informatikinvestitionen im Generalsekretariat sind nicht erforderlich.
+4	VD	Minderausgaben bei Investitionen in die 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn.
+6	BI	Einnahmen bei Mittelschulen aus der Umwandlung von nicht mehr benötigten Verwaltungsvermögen in Finanzvermögen.
+7	FD	Verschiebung von Informatikinvestitionen im Steueramt in die Folgejahre.
+9	BD	Geringere Hochbauinvestitionen im Immobilienamt infolge Projektverzögerungen.
+14	GD	Verzögerung beim provisorischen Modulbau USZ.
+17	BD	Geringere Nettoinvestitionen im Wasserbau infolge Projektverzögerungen sowie geringere Investitionsbeiträge im Bereich Energie.
+20	FD	Minderausgaben, weil geplante Auszahlung eines Darlehens von der MCH Group AG nicht beansprucht wird.
+23	BI	Minderausgaben wegen Verzögerungen beim Bauprojekt Kantonsschule Uster.
+25	VD	Geringere Pauschalbeiträge für Strassenbauten der Städte Zürich und Winterthur.
+60	BI	Verzögerungen von Bauprojekten der Universität Zürich und der Fachhochschulen (Toni-Areal).
+72	VD	Projekt Durchmesserlinie: Wegen zusätzlicher Zahlung des Bundes im Vorjahr entfallen geplante Darlehen (27 Mio.) und ordentliche Beiträge (5 Mio.). Zudem steigen Investitionseinnahmen wegen vorzeitiger Rückzahlung der Vorfinanzierung (40 Mio.).
+87	GD	Ausserplanmässige Amortisation von Darlehen staatsbeitragsberechtigter Spitäler sowie geringere Darlehen an staatsbeitragsberechtigzte Spitäler.
+17		Saldo übrige Abweichungen
+16		Gesamttotal Abweichungen

3. Vergleich mit dem ersten Zwischenbericht per Ende April 2013

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Direktionen das Jahresergebnis 2013 im vorliegenden zweiten Zwischenbericht im Vergleich zur Prognose der ersten Zwischenberichterstattung per Ende April 2013 einschätzen.

Tabelle 3: Abweichungen der Zwischenberichterstattung II gegenüber der Zwischenberichterstattung I (in Mio. Franken, + besser, – schlechter)

	Erfolgsrechnung	Investitionsrechnung
– Regierungsrat und Staatskanzlei	+0	+0
– Direktion der Justiz und des Innern	–6	–1
– Sicherheitsdirektion	–2	+2
– Finanzdirektion	–77	+4
– Volkswirtschaftsdirektion	–1	+29
– Gesundheitsdirektion	+2	+101
– Bildungsdirektion	+1	+85
– Baudirektion	–6	+11
– Behörden und Rechtspflege	+5	+1
– Anstalten	–4	–4
Gesamtverwaltung	–88	+228

In der Erfolgsrechnung sind gegenüber dem ersten Zwischenbericht Verschlechterungen von rund 88 Mio. Franken gemeldet. Im Wesentlichen lässt sich diese Veränderung auf die Einschätzung der Steuererträge in der Finanzdirektion zurückführen. Während die Nettosteuererträge im ersten Zwischenbericht wie budgetiert angenommen wurden, ist nach gegenwärtigen Erkenntnissen mit Mindererträgen von 86 Mio. Franken zu rechnen.

In der Investitionsrechnung verbessert sich die Einschätzung des Jahresergebnisses gegenüber dem ersten Zwischenbericht um 228 Mio. Franken. Verändert haben sich vor allem die Einschätzungen der Gesundheits- und der Bildungsdirektion. In der Gesundheitsdirektion sind Verbesserungen gegenüber dem ersten Zwischenbericht vor allem auf ausserplanmässige Amortisationen von Darlehen staatsbeitragsberechtigter Spitäler (+67 Mio.) und geringere Darlehen an kantonale und staatsbeitragsberechtigzte Spitäler (+20 Mio.) zurückzuführen. Zudem verzögert sich der Modulbau am USZ (+14 Mio.). In der Bildungsdirektion lassen sich die Verbesserungen gegenüber dem ersten Zwischenbericht von 85 Mio. Franken grösstenteils durch Verzögerungen bei Bauprojekten der Universität und der Fachhochschulen (+60 Mio.) sowie bei den Mittelschulen (+19 Mio.) erklären.

4. Berichterstattung zur Leistungsentwicklung

Es wurden keine wesentlichen Leistungsabweichungen gegenüber dem Budget gemeldet.

5. Nachtragskredite

Dem Kantonsrat wurden weder mit der I. noch mit der II. Serie 2013 Nachtragskreditbegehren beantragt.

6. Bewilligte Kreditüberschreitungen

Die Direktionen haben von Januar bis August 2013 keine Kreditüberschreitungen bewilligt.

7. Haushaltsvollzug 2013

Der Kantonsrat hat am 17. Dezember 2012 das Budget 2013 mit einem Ertragsüberschuss von 104 Mio. Franken festgelegt. Neben konkreten Verbesserungen in einzelnen Leistungsgruppen hat der Kantonsrat eine pauschale Saldoverbesserung von 250 Mio. Franken in das Budget der Leistungsgruppe Nr. 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen, eingestellt. Im Beschluss Nr. 336/2013 hielt der Regierungsrat fest, dass sich die vorgegebene pauschale Verbesserung in der Leistungsgruppe Nr. 4950 nicht umsetzen lässt. Der Regierungsrat strebte jedoch an, durch einen restriktiven Haushaltsvollzug der Direktionen und der Staatskanzlei eine ausgeglichene Rechnung 2013 zu erreichen. Dazu waren zum damaligen Zeitpunkt Verbesserungen von rund 150 Mio. Franken notwendig.

Zur Überprüfung, ob die Bemühungen der Direktionen und der Staatskanzlei beim restriktiven Haushaltsvollzug ausreichen, wird auf die Erfolgsrechnung ohne finanzielle Leistungsgruppen in der Finanz- und der Baudirektion abgestellt.

Tabelle 4: Haushaltsvollzug 2013 gemäss RRB Nr. 336/2013 (in Mio. Franken, + Verbesserung bzw. Ertragsüberschuss, –Verschlechterung bzw. Aufwandüberschuss)

Direktion	Budget 2013 *	Schätzung	
		Zwischenbericht I / 2013	Abweichung
Staatskanzlei	-18	-18	+0
Justiz und Inneres	-1023	-1027	-3
Sicherheit	-1017	-1019	-2
Finanzen **	-198	-196	+2
Volkswirtschaft	-232	-230	+2
Gesundheit	-1813	-1785	+28
Bildung	-2477	-2471	+6
Bauten **	-272	-271	+1
Total	-7050	-7017	+33

* gemäss Kantonsratsbeschluss vom 17. Dezember 2012

** ohne finanzielle Leistungsgruppen

Mit dem heutigen Kenntnisstand kann in den Direktionen und der Staatskanzlei (ohne finanzielle Leistungsgruppen) eine Verbesserung gegenüber dem Budget von 33 Mio. Franken erzielt werden. Die Erfahrungen der letzten drei Jahre zeigen, dass die Direktionen (ohne finanzielle Leistungsgruppen) am Jahresende gegenüber dem zweiten Zwischenbericht im Durchschnitt um rund 50 Mio. Franken besser abschliessen (im 2010 und 2011 gegenüber der günstigen Schätzung). Tritt eine ähnliche Entwicklung auch in diesem Jahr ein, kann das Verbesserungsziel von 150 Mio. Franken durch den restriktiven Haushaltsvollzug in den Direktionen und der Staatskanzlei nicht erreicht werden.

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Vom zweiten Zwischenbericht der Finanzdirektion über die Verwaltungsrechnung 2012 mit Stichtag 31. August 2013 wird Kenntnis genommen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates sowie an das Obergericht, das Verwaltungsgericht, das Sozialversicherungsgericht, die Direktionen des Regierungsrates, die Staatskanzlei sowie an die Finanzkontrolle.

Vor dem Regierungsrat
Der stv. Staatsschreiber:
Hösli